

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

zur Erklärung der Bundesregierung zum Reaktorunfall in der Sowjetunion und zum Wirtschaftsgipfel in Tokio

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag begrüßt die von den Staats- und Regierungschefs in Tokio zum Ausdruck gebrachte Bereitschaft, in der Bekämpfung des internationalen Terrorismus zusammenzuarbeiten.

Der Deutsche Bundestag teilt die Empörung der Menschen über Ausmaß und Folgen terroristischer Anschläge. In vielen Ländern der Welt hat der Terrorismus Opfer gefordert. Sie zu verhindern muß das Ziel der staatlichen Zusammenarbeit sein.

Die Abscheu gegenüber terroristischen Akten darf jedoch nicht dazu führen, daß Staaten das Augenmaß verlieren und Maßnahmen ergreifen, die mit der internationalen Rechtsordnung und dem Prinzip des friedlichen Zusammenlebens der Völker nicht mehr in Einklang zu bringen sind. Deshalb verurteilt der Deutsche Bundestag die amerikanische Militäraktion gegen libysche Städte.

Der Bombenangriff der Vereinigten Staaten hat den Tod auch unbeteiligter Menschen verursacht. Militäraktionen tragen nicht zur Überwindung des internationalen Terrorismus bei. Im Gegenteil: Sie werden den Terrorismus eher anstacheln und zu Solidarierungen in der islamischen Welt führen.

Aktionen dieser Art können eine Eskalation auslösen, die sich der Kontrolle entzieht und den Weltfrieden in Frage stellt. Sie können die Beziehungen zwischen den Supermächten belasten und die Erwartungen beeinträchtigen, die die Welt in die Treffen von Genf gesetzt hat.

Die Europäische Gemeinschaft und die Bundesrepublik Deutschland müssen alles tun, um dieser gefährlichen Entwicklung entgegenzuwirken. Insbesondere müssen sie dafür Sorge tragen, daß sich Gegenmaßnahmen im Rahmen des Völkerrechts und der nationalen Gesetze bewegen. Die Akte des internationalen Terrorismus dürfen nicht durch völkerrechtswidrige Gewaltakte beantwortet werden.

Die Bundesrepublik Deutschland hat auf terroristische Anschläge und Drohungen in der Vergangenheit stets mit Besonnenheit und Festigkeit reagiert und dabei Erfolge erzielt. In gleicher Weise muß jetzt dem internationalen Terrorismus mit zusätzlichen Kontroll- und Schutzmaßnahmen, mit verstärkter internationaler Zusammenarbeit bei der Aufklärung derartiger Anschläge, durch verbesserte Information und durch die Erarbeitung gemeinsamer Prinzipien zur Bestrafung der daran Beteiligten begegnet werden. Notwendig sind aber auch Anstrengungen zur Lösung der Krisen in denjenigen Regionen, in denen Krieg, Bürgerkrieg und Krisenentwicklungen die Entstehung und Ausbreitung des Terrorismus begünstigen.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, gemeinsam mit anderen Staaten die Anstrengungen zur Bekämpfung des Terrorismus zu verstärken. Dazu gehören insbesondere der Ausbau der internationalen polizeilichen Zusammenarbeit und des Informationsaustausches sowie die Bekämpfung der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Ursachen des Terrorismus.

Bonn, den 14. Mai 1986

Dr. Vogel und Fraktion